



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.3.2020
C(2020) 1809 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 26.3.2020

**über die Finanzierung einer Sondermaßnahme zugunsten der Demokratischen Republik
Kongo**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 26.3.2020

über die Finanzierung einer Sondermaßnahme zugunsten der Demokratischen Republik Kongo

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2018/1877 des Rates vom 26. November 2018 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2015/323², insbesondere auf Artikel 24,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Sondermaßnahme zugunsten der Demokratischen Republik Kongo gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines Finanzierungsbeschlusses erforderlich. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1877, der gemäß Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2018/1877 Anwendung findet, sind ausführliche Vorschriften über Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren vollständig einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)³ erlassenen restriktiven Maßnahmen festgelegt sind.
- (3) Ziel der Sondermaßnahme, die im Rahmen des Internen Abkommens über den 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)⁴ (im Folgenden „Internes Abkommen“) finanziert werden soll, ist es, die Ernährungssicherheit und die gesicherte Nährstoffversorgung der Menschen in der Demokratischen Republik Kongo zu verbessern, insbesondere die der ärmsten Haushalte, der Frauen und der Kinder.
- (4) Mit der „Maßnahme zur Stärkung der Resilienz durch die Verbesserung der Ernährungssicherheit und der gesicherten Nährstoffversorgung in der Demokratischen Republik Kongo“ sollen die Ernährungssicherheit und die gesicherte Nährstoffversorgung der Menschen in der Demokratischen Republik Kongo zur

¹ ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABl. L 307 vom 3.12.2018, S. 1.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1).

Stärkung ihrer Resilienz verbessert werden, insbesondere unter den am stärksten gefährdeten Haushalten sowie den Frauen und Kindern. Dies kann durch die Verwirklichung der folgenden spezifischen Ziele erreicht werden: i) Stärkung der Vorbeugung von Unterernährung, ii) Stärkung der Strukturen der Bauernverbände und iii) Steigerung der Erträge aus nachhaltiger landwirtschaftlicher Erzeugung und Diversifizierung der Erzeugung.

- (5) Die Finanzhilfen sollten ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und es sollten Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen festgelegt werden.
- (6) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046⁵ vorzusehen, der gemäß Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 25 der Verordnung (EU) 2018/1877 Anwendung findet.
- (7) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, der gemäß Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2018/1877 Anwendung findet, nicht als substantiell anzusehen sind.
- (8) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme gehört nicht zu den Maßnahmen, zu denen eine Stellungnahme des Ausschusses erforderlich ist. Es ist angebracht, den durch Artikel 8 des Internen Abkommens eingesetzten EEF-Ausschuss über diesen Beschluss innerhalb eines Monats nach seiner Annahme zu informieren —

BESCHLIESST:

Artikel 1 *Die Maßnahme*

Der Beschluss über die Finanzierung einer Sondermaßnahme zugunsten der Demokratischen Republik Kongo wird wie im Anhang dargelegt angenommen.

Folgende Maßnahme ist vorgesehen:

– „Maßnahme zur Stärkung der Resilienz durch die Verbesserung der Ernährungssicherheit und der gesicherten Nährstoffversorgung in der Demokratischen Republik Kongo“, wie im Anhang dargelegt.

Artikel 2 *Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Maßnahme beläuft sich auf 10 000 000 EUR und wird aus dem 11. Europäischen Entwicklungsfonds finanziert.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

⁵ Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1).

Artikel 3
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 000 000 EUR, soweit dies nicht mehr als 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags entspricht, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, der gemäß Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2018/1877 Anwendung findet, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Artikel 4
Finanzhilfen

Finanzhilfen können gemäß den im Anhang dargelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können den im Anhang genannten, gemäß Nummer 5.4.1 des Anhangs ausgewählten Einrichtungen gewährt werden.

Brüssel, den 26.3.2020

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission